

*(36)

70 Millionen arme Bauernhaushalte
 Der Minister für Zivilverwaltung, Cui Naifu, teilte auf einer Nationalen Konferenz in Beijing mit, daß es in der Volksrepublik 14 Mio. arme Bauernhaushalte - oder 70 Mio. arme Menschen - gebe. Das Einkommen dieser Menschen sei niedrig wegen fehlender Arbeit, wegen fehlender Ausrüstungen, wegen Naturkatastrophen oder aufgrund persönlicher Mißgeschicke. Diese Menschen machten 8% der ländlichen Bevölkerung aus. Die Regierung habe die verschiedenen Steuern für diese Haushalte entweder reduziert oder ganz gestrichen. Zusätzlich würden diese Haushalte mit niedrig verzinsbaren Krediten versorgt. Sie hätten auch Vorrang beim Verkauf ihrer landwirtschaftlichen und Nebenerwerbsprodukte sowie bei der Versorgung mit Ausrüstungen. (XNA, 18.5.85, zit. nach SWB, 22.5.85) -lou-

*(37)

Li Peng über die chinesische Nuklear-Politik

In einem Artikel über Chinas Politik zur Entwicklung der Atomkraft äußerte sich Li Peng, der stellvertretende Ministerpräsident, wie folgt:

Der Bau von Atomkraftwerken ist ein wesentlicher Bestandteil der friedlichen Nutzung der Atomenergie und eine wichtige Maßnahme zur Deckung des dringenden Bedarfs an Energiequellen; die Kernkraft ist eine sichere, saubere und fortschrittliche Energiequelle zur Elektrizitätserzeugung. Um den Bedarf an Elektrizität auf der Basis der China zur Verfügung stehenden Ressourcen zu decken, sollten wir in erster Linie auf die Elektrizitätsgewinnung durch Wasserkraft und auf die durch Kohlebrennstoffe erzeugte Thermoelektrizität zurückgreifen, wie auch auf die zweckmäßige Entwicklung der Kernkraft.

In seinem Artikel führte Li Peng drei Gründe an, weshalb China die Kernkraft entwickeln sollte:

1. hat China verhältnismäßig reiche Uranvorkommen aufzuweisen, die materielle Grundlage für eine Entwicklung der Atomkraft;
2. hat China in der Erforschung und Herstellung atomarer Waffen anerkannte Ergebnisse erzielt, ein ziemlich umfassendes System der Atomindustrie aufgebaut und eine kompetente Anzahl technisch versierten Personals als technische Voraussetzung für die Entwicklung von Atomkraft ausgebildet;
3. besteht in China die Notwendigkeit, die Atomkraft zu entwickeln, insbesondere in der wirt-

schaftlich entwickelten Küstenregion, wo Energiequellen stark gefragt sind. China macht den Schritt zur Errichtung von Atomkraftwerken mit einiger Verspätung und versucht, die übrigen Länder so rasch wie möglich in der Entwicklung einzuholen. Aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten in China sollten nicht zu viele Atomkraftwerke auf einmal errichtet werden. Das Programm sieht vor, bis etwa 1990 drei bis vier große und mittelgroße Atomkraftwerke zu bauen und vor Ende dieses Jahrhunderts möglich eine Gesamtkapazität von 10.000 Megawatt zu erreichen.

Weiter heißt es in dem Artikel: Um uns das technologische Know-how für die Richtung und den Betrieb großer Atomkraftwerke anzueignen, planen wir den Kauf einer Gesamtausstattung für nukleare Großanlagen in der Form wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit. China hat eine Politik der Öffnung zur Außenwelt eingeleitet und ist vor kurzem der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) beigetreten. Darüber hinaus hat China Vereinbarungen über die friedliche Nutzung der Atomkraft mit zahlreichen anderen Ländern unterzeichnet. All dies bildet eine günstige Voraussetzung für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomkraft mit anderen Ländern.

Weiter heißt es in dem Artikel: Bei der Entwicklung der Atomkraft kann unser Land auf lange Sicht nicht von der aus dem Ausland eingeführten Technologie abhängig bleiben. Neben dem Import der Ausrüstung aus dem Ausland müssen wir ebenfalls kooperative Produktionsvereinbarungen mit den ausländischen Herstellern treffen und das Know-how für den Bau der Anlagen in unser Land einführen, um damit das Verhältnis der im Inland produzierte Atomkraftanlagen allmählich zu erhöhen. Deshalb sollte ein wichtiges Kriterium bei der Wahl des Lieferanten für den Kauf ausländischer Anlagen sein, ob mit den Anlagen auch das technische Know-how mitgeliefert wird.

Das Daya-Wan-Atomkraftwerk in Guangdong - ein Projekt, das als kooperatives chinesisch-ausländisches Unternehmen betrieben werden soll - wird die erste nukleare Großanlage in unserem Lande sein. Eine gemeinsame Gesellschaft ist errichtet worden, und die Anfangsphase der Bauarbeiten hat bereits begonnen. In Qinshan, Provinz Zhejiang, ist ein 300-Megawatt-Atomkraftwerk-Projekt mittlerer Größe gestartet worden, das sich hauptsächlich auf unsere eigenen Anstrengungen stützt. (Xinhua, 29.4.85, zit. nach SWB, 2.5.85)

-lou-

*(38)

Verjüngung der CAAC-Luftflotte

Die CAAC will noch 1985 für die Summe von rd. 3 Mrd. DM 21 neue Verkehrsflugzeuge kaufen, und zwar neun Boeing 737-200, neun sowjetische TU-154 und drei europäische Airbuse. Die neuen Maschinen sollen an die Stelle von 15 veralteten Verkehrsmaschinen treten, die z.Zt. auf Inlandsflügen eingesetzt sind. Die CAAC war in den letzten Jahren wegen mehrerer Abstürze in Verruf geraten.

Der neue Kauf ist der größte in der Geschichte der CAAC.

Käufe sollen auch weiterhin getätigt werden, obwohl die Volksrepublik im April 1985 mit dem US-Konzern McDonnell-Douglas einen 600 Mio. US\$-Vertrag über den Aufbau einer Flugzeugfabrik in Shanghai unterzeichnet hat und obwohl China auf längere Sicht auch mit der europäischen Airbus-Industrie kooperieren will; voraussichtlich wird die CAAC auch in den nächsten drei Jahren den Ansturm der Fluggäste nicht bewältigen können; angeblich hat sie 1984 über eine Million Passagiere wegen Kapazitätsmangel zurückweisen müssen (China Daily, 20.4.85).

Am 15. Mai hat die CAAC eine direkte Flugverbindung mit Singapur aufgenommen. Damit bestehen inzwischen 24 internationale Verbindungen. -we-

TAIWAN

*
*
* * * * *

*(39)

Pressekontrolle wieder verschärft

In einer schriftlichen Antwort auf die Frage eines Abgeordneten des Gesetzgebungs Yuan hat das Exekutiv Yuan (Kabinet) mitgeteilt, daß im letzten Jahr 31 Zeitungen oder Zeitschriften wegen Verstoßes gegen das Publikationsgesetz für bestimmte Zeit suspendiert worden seien. Dazu habe es 42 Mahnungen und fünf Geldstrafen gegeben. In 18 anderen Fällen seien Verfahren zwecks weiterer Untersuchung an die Justizbehörde weitergeleitet worden. 106 Publikationen seien beschlagnahmt oder verboten worden. Diese Zahlen schließen aber die Maßnahmen des Hauptquartiers der Garnison Taiwan gegen Verletzungen der "Bestimmungen über Publikationskontrolle während der Zeit des Notstands" noch nicht ein, wobei es sich in erster Linie um die Kontrolle politischer Meinungen handelte (DGB, 29.5.85).

In den letzten zwei Jahren gab es für die Kritiker der Regierung wieder eine "Frühlingsperiode". Im Unterschied zur Vergangenheit wurden statt Beiträgen mit politischen Theorien überwiegend Artikel zur Enthüllung persönlicher Schandtaten von Guomindang (Kuomintang)-Prominenten veröffentlicht. Seit über einem halben Jahr ist sowohl von den offiziellen Kreisen als auch von der oppositionellen Seite immer wieder von einer Verschärfung der Pressezensur gesprochen worden. Suspendierungen, Verbote, Beschlagnahmung von kritischen Zeitschriften und Strafprozesse gegen die Herausgeber bzw. Redakteure nahmen im Lauf der letzten Zeit zu. Vom 7. bis 24. April dieses Jahres hat das Hauptquartier der Garnison Taiwan bei einer Sonderaktion mit der Bezeichnung "Zhongxing zhuanan" (Sonderaktion zur Wiederbelebung) neun regierungskritische Zeitschriften auf einmal verboten (Meilidao, Los Angeles, 4.5.85). Doch am 4. Mai tauchte eine hektographierte Tageszeitung "Huanqiu Xinwen" (Weltpresse) auf, die ursprünglich eine Wirtschaftsmittelung war und sich nun zur Aufgabe gesetzt hat, als kritisches Organ zu fungieren. (Meilidao, 18.5.85) -ni-

*(40)

14 oppositionelle Abgeordnete des Provinzparlaments gaben gemeinsam ihre Mandate auf

Am 16. Mai haben 14 oppositionelle Mitglieder des Provinzparlaments Taiwan ihren gemeinsamen Rücktritt erklärt. Dies geschah, nachdem das Parlament den Haushalt der Provinzregierung für das kommende Finanzjahr gegen ihre Stimmen verabschiedet hatte (ZYRB und LHB, 17.5.85). In einer Erklärung haben sie den Rücktritt damit begründet, daß die Organisation der Provinzregierung mit dem geltenden Gesetz nicht konform sei, und daher habe der Haushaltsbeschluß, der dank der überwiegenden Mehrheit der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) im Parlament zustande gekommen sei, ebenfalls gegen das Gesetz verstoßen. Mit ihrer Aktion wollen die Oppositionellen, die mit einer Ausnahme alle parteilos sind, nach ihren Worten für die Forderung eines Rechtsstaats demonstrieren.

Die Organisation der Provinzregierung Taiwan stützt sich auf das von der Regierung der Republik China am 7. Juli 1927 bekanntgegebene und am 28. April 1944 novellierte "Organisationsgesetz für die Provinzregierung". Laut Art. 4 und 7 des Gesetzes soll eine Provinzregierung aus 7-11 Mitgliedern und sechs Abteilungen bestehen.

Nach ihrem Rückzug vom chinesischen Festland nach Taiwan i. J. 1949 hat die Guomindang-Regierung willkürlich per Anweisungen des Exekutiv Yuan (Kabinetts), d. h. ohne Gesetzänderung, zunächst die Anzahl der Mitglieder der Provinzregierung auf der Insel auf 23 und dann 1981 die Abteilungen der Provinzregierung auf 17 erweitert.

Bei der Debatte über den neuen Haushalt verlangten die Oppositionellen, die Mitgliederanzahl der Provinzregierung gemäß Gesetz auf elf zu reduzieren, doch dies wurde von der Guomindang, die die Regierungsmacht sowie die Mehrheit im Parlament auf allen Ebenen hat, nicht berücksichtigt.

Die der Guomindang bzw. der Regierung nahestehende Presse warf den Oppositionellen wegen ihres gemeinsamen Rücktritts eine "politische Show" im Hinblick auf die geplanten Wahlen in sieben Monaten vor. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine alte politische Frage. Die Verfassung der Republik China sieht die Selbstverwaltung der Provinzen vor. Aber in Taiwan ist das Selbstverwaltungssystem nur bis auf die Ebene des Landkreises (Xian) vollzogen. Auf der Provinzebene wurde bislang nur das Parlament vom Volk gewählt. Der Gouverneur, der nach der Verfassung ebenfalls vom Volk gewählt werden soll, wird immer noch von der Zentralregierung ernannt. Darüber hinaus sind sämtliche Selbstverwaltungseinrichtungen auf allen lokalen Ebenen per Anordnungen des Exekutiv Yuan geregelt. Eine Rahmengesetzesvorlage für die Selbstverwaltung von Provinzen und Landkreisen hatte bereits im September 1949 im Gesetzgebung Yuan bis auf zwei Artikel die zweite Lesung durchlaufen; doch dann wurde das Gesetzgebungsverfahren auf Wunsch der Regierung seit nunmehr fast 36 Jahren auf die lange Bank geschoben. Der Grund hierfür ist, daß die Guomindang zur Zeit den Vollzug der Provinzselbstverwaltung und die Wahl des Gouverneurs noch nicht gern haben möchte. Früher wurden die Oberbürgermeister der Hauptstadt Taipei und der Industriemetropole Gaoxiong (Kaohsiung) noch vom Volk gewählt. Aber seitdem diese zu Städten auf Provinzebene angehoben worden sind, werden ihre Oberbürgermeister wie der Provinzgouverneur von der Zentralregierung ernannt.

Am 17. Mai boykottierten sieben parteilose Mitglieder des Gesetzgebung Yuan die Debatte über den neuen Haushalt für die Zentralregierung, nachdem ihr Vorschlag für die Wiederaufnahme der Beratung über die Gesetzesvorlage von Provinz- und Landkreis-Selbstverwaltung nicht akzeptiert worden

war. Auch der gewählte parteilose Landkreisleiter von Pingdong, Qiu Lianhui, reichte aus Solidarität mit den 14 zurückgetretenen Abgeordneten seine Rücktrittsbitte bei der Provinzregierung ein. Um die Zuspitzung des politischen Konfliktes zu vermeiden, lehnte die Regierung den gemeinsamen Rücktritt ab und wollte nur den Rücktritt von einzelnen Abgeordneten prüfen (LHB, 18.5.85). -ni-

*(41)

Neue Oberbürgermeister der Sonderstädte Taipei und Kaohsiung

Am 23. Mai wurden Xu Shude (Hsu Shu-teh, 54) zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Taipei (Taipei) und Su Nancheng (49) zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Gaoxiong (Kaohsiung) ernannt (ZYRB u. LHB, 23.-24.5.85). Mit 2.379.461 (Ende 1984) Einwohnern ist Taipei im Norden die Hauptstadt Taiwans und Gaoxiong mit 1.260.843 Einwohnern die Industrie- und Hafenstadt im Süden der Insel. Beide Metropolen sind dem Exekutiv Yuan (Zentralregierung) unmittelbar unterstellte Städte, haben also einen Status wie die Provinz Taiwan. Der Vorgänger von Xu, Yang Jincong (Jackson C.T. Yang, 62), ist aus Gesundheitsgründen von seinem Amt zurückgetreten. Vor ihrer Ernennung war Xu Oberbürgermeister von Gaoxiong und Su Oberbürgermeister von Tainan.

Sowohl Xu als auch Su sind einheimische Politiker, also keine "Festländer", und gehören der Regierungspartei, Guomindang (Kuomintang), an. Su jedoch ist einmal aus der Partei ausgetreten, weil ihm die Parteiführung 1973 die Nominierung zum Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Tainan verweigert hatte. Beim ersten Anlauf hatte er als parteiloser Kandidat die Wahlen verloren; 1977 konnte er beim zweiten Versuch den Kandidaten der Regierungspartei und damaligen amtierenden Bürgermeister sensationell schlagen und wurde zu einer der Hauptfiguren der parteilosen Opposition auf der Insel. Später näherte er sich aber wieder der Regierungspartei an und wurde trotzdem vor drei Jahren mit unerwarteter hoher Mehrheit wieder zum Oberbürgermeister von Tainan gewählt. Im letzten Jahr ist er sensationell wieder in die Guomindang eingetreten. Noch Ende dieses Jahres finden neue Wahlen statt. Laut Wahlbestimmung darf ein Oberbürgermeister oder Kreisleiter nicht zum dritten Mal gewählt werden. So kann er, Su, nicht noch einmal für sein altes Amt in Tainan kandidieren. Die Oberbürgermeister von Taipei und Gaoxiong sind wie der Gouverneur der Provinz Taiwan nicht vom Volk gewählt, sondern von dem Staatspräsidenten ernannt.

Die Ernennung Sus zum Oberbürgermeister von Gaoxiong galt als neue Sensation seiner politischen Karriere. -ni-

*(42)

Auf 10.000 Einwohner kommen zehn Forscher

Laut Angaben des Staatskomitees für Wissenschaften in Taipei hat die Insel Taiwan 1983 für wissenschaftliche Forschung 14,5 Mrd. NT\$ (39 NT\$ = 1 US\$) ausgegeben. Der Anteil der Forschungsausgaben Taiwans am BSP lag mit 0,73% weit hinter Japan mit 2,33% (1.083,9 Mrd. NT\$) und knapp über Südkorea mit 0,6% (32,7 Mrd. NT\$). 46,8% der Forschungsgelder Taiwans stammten aus der Regierungskasse und 53,2% aus privaten Händen. Bei den zwei Nachbarländern sind die Verhältnisse 22,2% : 77,8% bzw. 27,5% : 72,5%. Unter 10.000 Einwohnern gab es in dem erwähnten Berichtsjahr zehn wissenschaftliche Forscher, im Vergleich zu Japan (29) und Südkorea (8) nahm Taiwan hier ebenfalls einen mittleren Platz ein.

Im gleichen Berichtsjahr beschäftigten sich 14,9% der Forscher Taiwans mit der Landwirtschaft, 10,4% mit Medizin, 62,1% im technischen Bereich und 12,6% in den Naturwissenschaften.

Die Prozentsätze Japans und Südkoreas lauteten (in gleicher Reihenfolge): 8% : 20,8% : 47,4% : 23,8% bzw. 12,2% : 16% : 58,4% : 13,4% (ZYRB, 19.5.85). -ni-

*(43)

Gegenoffensive deutscher Textilindustrie in Taiwan

Vom 2. bis 4. Mai hielt die deutsche Textilindustrie zum ersten Mal eine Ausstellung ihrer Produkte in Taiwan ab, an der sieben führende Textilunternehmen aus der Bundesrepublik teilnahmen. Ernst-Gunter Plutte, Präsident der deutschen Textilindustrie und Leiter der deutschen Delegation, drückte die Hoffnung aus, daß deutsche Textilprodukte den fernöstlichen Markt erobern würden. Vor Taiwan hatte die Delegation Südkorea, Hongkong und Macao, die ebenso wie Taiwan als große Textilexporteure in der Welt gelten, besucht. Die Teilnehmerfirmen sind mit dem Ergebnis zufrieden. 5.000 Firmenvertreter haben die Ausstellung besucht (Central News Agency, Taipei, 6.5.85).

Durch die Aufwertung des US-Dollar, an dem sich die Währungen der ostasiatischen Staaten bzw. Regionen orientieren, sind die deutschen Textilprodukte auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig geworden. Darüber hinaus hat Taiwan

im letzten Herbst die Zollmauer gegen Textileinfuhren abgebaut, z.B. sank der Zolltarif für Bekleidung von 100% auf 60% (vgl. C.a., November 1984, S.645, Ü 40). Eine weitere Liberalisierung der Importe Taiwans ist infolge des andauernden hohen Exportüberschusses der Insel und des Drucks aus dem Ausland zu erwarten. Dies erhöht die Chancen der deutschen Textilindustrie, auf der fernöstlichen Insel Fuß zu fassen.

Bei der Eröffnung der Ausstellung äußerte der Vizepräsident der halbamtlichen Euro-Asia Trade Organization von Taiwan, Wellington Cao (Tsao) die Hoffnung, daß die Ausstellung nicht nur deutsche Produkte in Taiwan bekannt mache, sondern daß es auch im Anschluß zur Zusammenarbeit und zu technischer Kooperation zwischen den Textilindustrien beider Seiten kommen werde.

Im Vorjahr führte die Bundesrepublik Textilien im Wert von 20 Mio. DM nach Taiwan aus, der Einfuhrwert von Textilien aus Taiwan belief sich aber auf 810 Mio. DM. Im selben Jahr betrug das Gesamthandelsvolumen zwischen der Bundesrepublik und Taiwan 1,6 Mrd. US\$, das entspricht 30% des Gesamthandels Taiwans mit Europa. Mit 768 Mio. US\$ stieg der Exportwert der Bundesrepublik nach Taiwan gegenüber 1983 um 11% -ni-

HONGKONG UND MACAU

*
*
* * * * *

*(44)

Sino-portugiesische Verhandlungen über Macau beginnen 1986

Nach seinem sechstägigen offiziellen Chinabesuch hat der portugiesische Staatspräsident Antonio Ramalho Eanes am 27. Mai auf einer Pressekonferenz in Macau bekanntgegeben, daß in seinen Gesprächen mit den chinesischen Führern Deng Xiaoping, Zhao Ziyang u.a. vereinbart worden sei, noch im kommenden Jahr Verhandlungen zwischen beiden Staaten über die Zukunft Macaus zu beginnen, und daß auf der portugiesischen Seite Außenminister Jaime Gama zum Chefunterhändler designiert werde. Eanes betonte, daß er vor langer Zeit die Behörden von Macau schon angewiesen habe, eine reibungslose Übergabe der Souveränität sicherzustellen und gleichzeitig den Frieden und die Prosperität in Macau zu bewahren. Seit einigen Jahren, so sagte er, habe die portugiesische Regierung den Einheimischen von Macau 350 Stipendien für eine Ausbildung in Portugal und anderen Ländern gegeben in der Hoffnung, daß die Stipendiaten in der zukünftigen Re-

gierung Macaus eine wichtige Rolle spielen könnten. Zudem gab er bekannt, daß der jetzige Gouverneur Macaus, Almeida e Costa, im kommenden Jahr von seinem Amt zurücktreten werde. Auch er selbst, Eanes, werde im kommenden Jahr sein Präsidentenamt aufgeben (DGB, 29.5.85).

Macau, mit 15,6 qkm und zur Zeit rund 450.000 Einwohnern (95% Chinesen), wurde 1557 als portugiesische Basis für den Chinahandel gegründet und 1887 offiziell von China an Portugal abgetreten. Nach der portugiesischen Revolution 1974 bot Lissabon China die Rückgabe Macaus an. Doch lehnte Beijing im Hinblick auf einen möglichen negativen Einfluß auf Hongkong zunächst ab. Auch in den vergangenen Jahren, als die sino-britischen Verhandlungen über Hongkong noch im Gang waren, schob die chinesische Regierung noch immer Verhandlungen mit den Portugiesen über Macau zurück. Man glaubte daher, daß Beijing Macau als ein "Beruhigungsmittel" für Hongkong benutzen und es daher nicht vor Hongkong zurücknehmen werde. Die Portugiesen benutzten dies, um Investitionen aus Hongkong nach Macau zu locken. Als nun der sino-britische Vertrag über die Rückgabe Hongkongs gerade in Kraft trat und die Stabilität der Hongkonger Wirtschaft kaum dadurch gestört wurde, fingen die Chinesen an, mit Lissabon über Macau zu sprechen. Eanes hat zwar keinen Termin für die Rückgabe Macaus an China genannt, aber sehr wahrscheinlich, wenn es in Hongkong weiter keine Beunruhigung gibt, will Beijing Macau und Hongkong zu gleicher Zeit, d.h. 1997, zurücknehmen. -ni-

*(45)

Sino-britische Vereinbarung über Hongkong in Kraft getreten

Am 27. Mai haben der chinesische stellvertretende Außenminister Zhou Nan und der britische Botschafter in China, Richard Evans, die Ratifizierungsurkunden der gemeinsamen Erklärung über Hongkong in der chinesischen Hauptstadt ausgetauscht. Damit trat die am 19. Dezember 1984 zwischen dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in Beijing unterzeichnete Vereinbarung über die Zukunft Hongkongs in Kraft. Nach dem Dokument soll die britische Kolonie 1997 wieder an China zurückgegeben werden. Bis dahin gibt es genau noch 12 Jahre Übergangszeit. In seiner Ansprache auf der kurzen Zeremonie bekräftigte Zhou Nan die gemeinsame Verantwortung der Regierungen beider Staaten und die gemeinsamen Interessen beider Völker einschließlich